

Erschienen in:

Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 55, 2003, 299-320.

Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.

Gleich und Gleich gesellt sich gern – aber nicht wegen des Wahlkampfes

Zur politischen Prägekraft der Sozialstruktur in Abhängigkeit von der Nähe zum Wahltag

1. Einleitung¹

Wie in anderen westlichen Demokratien hängt in der Bundesrepublik das Wahlverhalten einer Person mit ihrer sozialstrukturellen Position zusammen. Die Angehörigen verschiedener Berufsgruppen und Konfessionen unterscheiden sich in ihrem Stimmverhalten: beispielsweise stimmen gewerkschaftsgebundene Arbeiter überproportional häufig für die SPD, während praktizierende Katholiken als Kernklientel der Unionsparteien gelten können (siehe etwa Pappi 2002; Müller 1998, 1999; Falter/Schoen 1999; Jagodzinski/Quandt 2000; Weßels 2000). Der Zusammenhang zwischen sozialer Position und Stimmverhalten scheint strukturell bedingt. Daher erstaunt es nicht, daß die bundesdeutsche Forschung, wie die internationale Literatur (siehe etwa Evans 1999; Clark/Lipset 2001), vornehmlich der Frage nachgeht, wie sich der allmähliche gesellschaftliche Wandel über mehrere Dekaden hinweg auf die politische Prägekraft der Sozialstruktur auswirkt (siehe für Bundesrepublik etwa Schnell/Kohler 1995; Müller 1997, 1998; Jagodzinski/Quandt 1997, 2000). Langfristig scheint die politische Prägekraft der Sozialstruktur somit durchaus variabel, in der kurzen Frist jedoch hochgradig stabil (siehe aber Pappi 1986). In aller Deutlichkeit bringen dies Längsschnittdaten zum Ausdruck, die nicht zwischen Jahren mit nationalen Hauptwahlen und wahlfernen Zeiten unterscheiden (siehe etwa Knutsen/Scarborough 1995; Schnell/Kohler 1995; Müller 1998), unterstellen sie damit doch, die intensivierte politische Kommunikation im Umfeld einer Wahl lasse den Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten unberührt.

Diese Annahme widerspricht indessen Befunden aus der Wahlkampfforschung. Denn bereits die Pionierstudien der Columbia-School um Lazarsfeld wiesen darauf hin, daß sich in Wahlkampfphasen Personen der in ihrer sozialen Gruppe vertretenen politischen Präferenz anschließen, daher die sozialen Gruppen in ihren politischen Präferenzen intern homogener würden und sich zusehends stärker voneinander unterscheiden (vgl. Lazarsfeld et al. 1944: 138-147; Berelson et al. 1954: 144). In die gleiche Richtung deuten jüngere mikrosoziologische Arbeiten (vgl. Huckfeldt/Sprague 1987; 1995: 81-97; siehe auch Huckfeldt 1983) sowie Analysen, die aus einer anderen theoretischen Perspektive beispielsweise für die USA nachweisen, daß während einer Wahlkampagne die Wirkung (sozial-)struktureller Merkmale auf das Wahlverhalten zunimmt, so daß man annehmen könnte, mit der Nähe zum Wahltermin

¹ Für wertvolle Hinweise danke ich den beiden anonymen Gutachtern.

entschieden die Wähler zunehmend stärker im Sinne ihrer fundamentalen Interessen (siehe Gelman/King 1993; siehe für Großbritannien Yang et al. 2000). Alles in allem sollte nach diesen Befunden die politische Differenzierungskraft der individuellen sozialen Position nicht konstant sein, sondern mit der Nähe zum Wahltag anwachsen.

Vor diesem Hintergrund geht der vorliegende Beitrag der Frage nach, ob in der Bundesrepublik die Prägekraft der Sozialstruktur auf das Wahlverhalten kurzfristig variabel ist und ob sie, sofern dies zutrifft, vor einem Urnengang auf den Wahlkampf reagiert. Dazu wird zunächst theoretisch diskutiert, inwieweit ein Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen Merkmalen und der Parteipräferenz über die Zeit variieren und von Wahlkämpfen beeinflusst werden könnte. Nach einer kurzen Beschreibung des Datenmaterials werden die theoretisch abgeleiteten Hypothesen empirisch überprüft, ehe abschließend ein kurzes Resümee gezogen wird.

2. Theoretische Überlegungen zur Wirkung des Wahlkampfes auf die Beziehung zwischen Sozialstruktur und Parteipräferenz

Die empirische Wahlforschung in der Bundesrepublik widmet einen erheblichen Teil ihrer Aufmerksamkeit der Frage, inwieweit die sozialstrukturelle Position einer Person mit deren Wahlverhalten zusammenhängt. Bevorzugt betrachtet sie dabei die Zugehörigkeit zu sozialen Großgruppen, die bei ihrer erstmaligen politischen Mobilisierung mit einer Partei ein Bündnis zum gegenseitigen Vorteil schlossen und deshalb als Kernklientel der entsprechenden Partei gelten können (siehe Lipset/Rokkan 1967; Stinchcombe 1975). Daher kreist die Diskussion in erster Linie um folgende beiden Fragen: Inwieweit begünstigt die Zugehörigkeit zur (gewerkschaftlich organisierten) Arbeiterschaft empirisch die Wahl der SPD, die als politischer Arm der Arbeiterbewegung entstand, und inwieweit fördert das Merkmal ‚(kirchennaher) Katholik‘ die Stimmabgabe zugunsten von CDU und CSU, die als Erben des katholischen Zentrums angesehen werden können (siehe etwa Jagodzinski/Quandt 1997, 2000; Müller 1997, 1998, 1999; Pappi 2002)?

Für einen empirischen Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zu einer Sozialkategorie und dem Wahlverhalten lassen sich in der Literatur verschiedene Erklärungsmuster identifizieren (vgl. Schoen 2003). Erstens kann *issue-voting* zu homogenem Wahlverhalten in einer Sozialkategorie, etwa den Arbeitern, und zu Stimmverhaltensdifferenzen zwischen sozialen Großgruppen führen; die Grundlage dafür können übereinstimmende objektive Interessen oder in der Sozialisation erworbene gruppenspezifische Werthaltungen bilden (siehe etwa Pappi 1977: 207-208; Evans 1993; Weakliem/Heath 1994; Knutsen/Scarborough 1995: 495;

Weßels 2000: 133). Zweitens können systematische Unterschiede im Stimmverhalten sozialer Großgruppen daraus resultieren, daß die Mitglieder der Sozialkategorien langfristige emotionale Bindungen an bestimmte Parteien oder an ihre jeweilige Gruppe entwickelt haben und daher deren parteipolitischer Wahlnorm gehorchen (siehe etwa Campbell et al. 1960: 295-380; Pappi 1977: 208; Richardson 1991). Drittens wird darauf hingewiesen, die Zugehörigkeit zu einer sozialen Großgruppe begünstigt den Kontakt mit Mitgliedern der gleichen Gruppe und trage auf diesem Wege – unabhängig von Interessen und Loyalitäten – zur Vermittlung einer bestimmten Parteipräferenz bei (siehe Lazarsfeld et al. 1944; Berelson et al. 1954; Huckfeldt/Sprague 1987; Pappi 2001: 615). Zusätzlich ist auf den Einfluß der politischen Elite hinzuweisen: sie fördert die politische Prägekraft der Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen, indem sie die Interessen und Loyalitäten der Mitglieder dieser Großgruppen parteipolitisiert; denn andernfalls fiel es den Bürgern schwer, etwa aus einer bestimmten Werthaltung oder Einstellung zu einer Sachfrage die im Sinne ihrer Gruppenzugehörigkeit ‚richtige‘ Wahlentscheidung abzuleiten.

Wie die Skizze der Vermittlungsmechanismen zeigt, ist eine empirische Beziehung zwischen der sozialen Position und dem Wahlverhalten nicht selbstverständlich, sondern an bestimmte Bedingungen auf der Angebots- und Nachfrageseite am politischen Markt geknüpft. Je nach Ausprägung der genannten Bedingungsfaktoren ist daher mit einer unterschiedlich starken politischen Prägekraft der sozialen Position zu rechnen; beispielsweise könnte man für eine vollkommen versäulte und eine ‚individualisierte‘ Gesellschaft merkliche Unterschiede erwarten. Folglich ist die Beziehung zwischen Gruppenzugehörigkeit und Parteipräferenz auch nicht zwangsläufig stabil, sondern kann sich über die Zeit ändern (siehe etwa Miller 1958; Pappi 1986, 2002: 34-36). Neben einem säkularen Wandel scheinen kurzfristige Schwankungen nicht von vornherein ausgeschlossen. Daher könnte die politische Prägekraft der Gruppenzugehörigkeit in Bundestagswahlkämpfen ansteigen, wie dies Lazarsfeld et al. (1944: 138-147), Berelson et al. (1954) und Gelman/King (1993) in den USA beobachtet haben. Um die Chancen dafür beurteilen zu können, ist es erforderlich, den Einfluß von Wahlkämpfen auf die angeführten Bedingungsfaktoren zu untersuchen.

In Wahlkämpfen wird mehr und etwas anders akzentuierte politische Information als in wahlfernen Zeiten kommuniziert. Erstens führen die Partieliten ihre Auseinandersetzung in diesen Phasen deutlich pointierter und polarisierter als abseits von Wahlen (siehe Popkin 1992). Die zugespitzte Elitekommunikation erleichtert es den Bürgern, den Parteien klare politische Standpunkte zuzuschreiben und programmatische Divergenzen zwischen konkurrierenden Angeboten zu erkennen (vgl. Berelson et al. 1954: 234-252; Markus 1982: 539-546; Finkel

1989; Joslyn 1990: 110-115; Bowler et al. 1992: 208-219). Es steigen somit generell die Chancen für *issue-voting*. Die Parteien thematisieren jedoch nicht beliebige Fragen und Probleme, sondern rücken nicht zuletzt die Anliegen ihrer sozialstrukturell definierten Klientelgruppen in den Vordergrund, um diese Personen für sich zu mobilisieren (siehe etwa Radunski 1980). Beispielsweise präsentieren sich traditionelle Linksparteien als Hüter von Arbeit(nehm)erinteressen. Gerne werden zu diesem Zweck auch symbolische Fragen in den Vordergrund gerückt (siehe Sarcinelli 1986), die sich besonders gut dafür eignen, tiefverankerte Werthaltungen als Entscheidungskriterien zu betonen; zum Beispiel versäumen es Parteien mit christlichen Wurzeln nicht, ihre Treue zu christlichen Werten herauszustellen. Sofern die Elitekommunikation die bundesdeutschen Bürger erreicht, sollten diese daher im Wahlkampf zusehends den Eindruck gewinnen, daß SPD und CDU/CSU die Interessen bestimmter Bevölkerungsgruppen vertreten. Sachfragenbezogenes Stimmverhalten unterstellt, sollten deshalb die Mitglieder dieser sozialen Großgruppen, die bereits zu Beginn des Wahlkampfes ‚ihre‘ Partei präferierten, diese zunehmend überzeugter unterstützen; Gruppenmitglieder, die anfangs indifferent waren oder eine andere Partei bevorzugten, sollten zu ‚ihrer‘ Partei wechseln, während Bürger, die nicht der jeweiligen Klientelgruppe angehören, aber zu Beginn der Kampagne deren Partei präferierten, sich von dieser Partei abwenden. Es verbessern sich somit die Chancen für sachfragenbezogenes Stimmverhalten, das die traditionelle Zuordnung von sozialen Gruppen und Parteien begünstigt.

Zweitens appellieren Parteien – assistiert von den ihnen verbündeten Interessenorganisationen – an Gruppen- und Parteiloyalitäten. Dies kann dazu beitragen, daß die Bürger ihre affektiven Bindungen als ausschlaggebendes Kriterium bei der Stimmabgabe nutzen; zusammen mit der zugespitzten Auseinandersetzung kann es aber auch zu einer Anpassung peripherer und kurzfristig variabler an die zentrale und stabile Parteiloyalität führen, so daß ein Bürger, unabhängig davon, welches Entscheidungskriterium er nutzt, im Sinne seiner Parteibindung votiert (vgl. Lazarsfeld et al. 1944: 137-149; Berelson et al. 1954: 118-132; Finkel 1989; Ansolabehere/Iyengar 1995). Daher kann der Wahlkampf dazu beitragen, bei Bürgern schlummernde Parteiloyalitäten zu aktivieren (siehe etwa Berelson et al. 1954: 253; Finkel/Schrott 1994, 1995) und Bürger von einer zwischenzeitlichen Präferenz für eine ‚falsche‘ Partei oder parteipolitischer Indifferenz zur ‚richtigen‘ Partei zurückzuführen. Sofern die Bindungen an die sozialen Großgruppen oder die traditionellen Bündnispartei in Deutschland unter Arbeitern und Katholiken fernab von Bundestagswahlen an Einfluß auf die politischen Präferenzen verlieren, besitzen Wahlkämpfe auch nach diesem Argument ein Potential, die parteipolitische Prägekraft der Zugehörigkeit zu den Kernklientelen von SPD und CDU/CSU zu steigern.

Drittens erhöht die Wahlkampfkommunikation auf der Eliteebene die Chance politischer Fragen, Gegenstand der Alltagskommunikation unter Bürgern zu werden. Soweit die Zugehörigkeit zu einer sozialen Großgruppe die gruppeninterne Kommunikation begünstigt (siehe Huckfeldt 1983; Huckfeldt/Sprague 1995) und in der Bundesrepublik Katholiken und Arbeiter – auch infolge des Wahlkampfes – überdurchschnittlich häufig CDU/CSU bzw. SPD präferieren, wächst daher im Wahlkampf der soziale Druck auf die einzelnen Gruppenmitglieder, der ‚richtigen‘ Partei die Treue zu halten oder sich ihr zuzuwenden (siehe etwa Scheuch 1965). Folglich dürfte in Wahlkämpfen auch die interpersonelle Kommunikation stärker als sonst die parteipolitische Homogenisierung innerhalb einer Sozialkategorie und damit Differenzierungskraft der Gruppenzugehörigkeit fördern.

Zusammengenommen sprechen die drei Argumente dafür, daß Wahlkämpfe vor Bundestagswahlen die Zugehörigkeit zu den sozialen Kerngruppen von SPD und CDU/CSU im Vergleich zu wahlfernen Zeit stärker parteipolitisieren. Läßt man die Mitglieder der Klientelgruppen, die bereits ‚ihre‘ Bündnispartei präferierten und diese zusehends überzeugter unterstützen dürften, außer Betracht, sind daher folgende Effekte zu erwarten: (kirchennahe) Katholiken und (gewerkschaftsnahe) Arbeiter sollten häufiger als andere Personen zu ‚ihrer‘ Partei umschwenken, dagegen sollten sich die übrigen Stimmberechtigten deutlich häufiger als die Mitglieder der jeweiligen Klientelgruppe von ‚deren‘ Partei abwenden (Hypothese 1a und 1b). Daraus folgt nicht, daß sich eine Cleavage-Gruppe immer geschlossener für ‚ihre‘ Partei ausspricht, da eine Partei infolge von Periodeneffekten mit der Nähe zum Wahltag in allen Bevölkerungsgruppen und daher auch in ihrer Traditionsklientel an Zustimmung einbüßen könnte; doch sofern ein solcher genereller Abwärtstrend zu beobachten ist, sollte er in der Kernklientel schwächer ausgeprägt sein als im übrigen Elektorat; vollkommen analog ist bei einem allgemeinen Popularitätsanstieg einer Partei ein überproportionaler Zuwachs in der Kernklientel zu erwarten. Folglich sollten sich die jeweiligen sozialen Kerngruppen in ihrer Parteipräferenz mit wachsender Nähe zum Wahltermin stärker von der restlichen Bevölkerung unterscheiden; anders formuliert: In bezug auf die parteipolitischen Präferenzen sollte die Differenzierungskraft der Merkmale ‚(kirchennaher) Katholik‘ und ‚(gewerkschaftsnaher) Arbeiter‘ mit wachsender Nähe zum Wahltermin und daher mit zunehmender Intensität der Wahlauseinandersetzung ansteigen (Hypothese 2). Nach dem Wahltag verliert die politische Auseinandersetzung mit der Zeit wieder an Schärfe und treten die Cleavage-Themen und Appelle an tiefsitzende Loyalitäten wieder in den Hintergrund, weshalb sich der Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Partei mit wachsender Distanz zum Wahltag abschwächen sollte. Sobald jedoch der nächste Wahltermin in Sichtweite gerät und die politische Elite neuerlich in

den intensiven Wahlkampf eintritt, dürfte die Beziehung wieder eine Stärkung erfahren. Folglich ist für die politische Differenzierungskraft der Sozialstruktur während einer Legislaturperiode ein U-förmiger Verlauf zu erwarten, wobei über die genaue Form des Verlaufs keine exakten Aussagen abgeleitet werden können (Hypothese 3).²

Ehe diese Hypothesen empirisch überprüft werden, sind sie ein wenig zu relativieren. Nimmt man an, die Elitekommunikation beeinflusse die Einstellungen und Präferenzen der Stimmberechtigten, hängt das Ausmaß der skizzierten Wahlkampfeffekte im wesentlichen von zwei Faktoren ab. Erstens muß sich die politische Auseinandersetzung im Wahlkampf in der skizzierten Richtung deutlich vom Parteienwettbewerb in wahlfernen Zeiten unterscheiden; dies erscheint zwar plausibel, doch sind auch Stimmen zu vernehmen, die eine „permanent campaign“ (Blumenthal 1982) und den Übergang zu einer „medial-präsentativen Demokratie“ (Sarcinelli 2000: 23-24; siehe auch Noelle-Neumann 1999: 172) diagnostizieren und damit die weitgehende Unabhängigkeit des Parteienwettbewerbs von der Nähe zu einer Wahl unterstellen. Zweitens kommt es auf die Mobilisierungsfähigkeit der Stimmberechtigten an. Denn sollten die Bürger bereits vor Beginn einer Kampagne exakt gemäß ihrer Gruppenzugehörigkeit votieren wollen, könnte ein noch so eindrucksvoller Wahlkampf den Sozialstruktureffekt nicht steigern. Sofern die Zugehörigkeit zu einer der Cleavage-Gruppen mit der Herausbildung einer starken Parteiloyalität einhergeht, die dauerhaft die parteipolitischen Präferenzen bestimmt, ist daher kaum mit den skizzierten Wahlkampfeffekten zu rechnen; wenn dagegen anstelle langfristiger Bindungen bspw. kurzfristig variable Sachfragenorientierungen für gruppenspezifisches Wahlverhalten und damit die politische Prägekraft der sozialen Position sorgen, dann scheinen die skizzierten kurzfristigen Änderungen des Sozialstruktureffekts denkbar. Dieses Argument dämpft die Erwartungen an die empirische Analyse: da in der (alten) Bundesrepublik zu Beginn der siebziger Jahre rund 80% und am Ende der neunziger Jahre rund zwei Drittel der Bürger Anhänger einer Partei waren, sind deutliche Wahlkampfeffekte auf die Beziehung zwischen sozialer Position und Parteipräferenz nur insoweit zu erwarten, als Parteilose ihre Wahlabsicht ändern und Parteibindungen zwischen den Wahlen die Parteipräferenzen nicht vollständig determinieren. Nach dieser theoretischen Relativierung sollen die Hypothesen nun empirisch überprüft werden.

² Dieses Argument steht im Einklang mit Erklärungen für das Phänomen des Wahlzyklus (siehe etwa Tuftes 1975), die darauf verweisen, daß Bürger bei Zwischenwahlen und Meinungsumfragen zu ihrer Wahlabsicht während einer Legislaturperiode zwischen zwei nationalen Hauptwahlen nicht ihre wahre politische Präferenz, die (strukturell vorgeprägten) langfristigen Loyalitäten entspringt, zum Ausdruck brächten, sondern eine davon abweichende, aber am (nationalen) Wahltag selbst wieder für die eigentlich präferierte Partei votierten (vgl. Dinkel 1977: 356; siehe ähnlich Erhardt 1998; Weißels 1998).

3. Daten und Methoden

Die vorgestellten Hypothesen werden im folgenden für Bundestagswahlen in Westdeutschland untersucht.³ Der empirischen Analyse liegen zum einen die Trenddaten zugrunde, die für die Politbarometer zwischen 1977 und 1998 erhoben wurden, zum anderen die Kurzfristpanels zu den Bundestagswahlen 1972, 1976, 1983, 1987 und 1990 (siehe für Details den Anhang). Die Trenddaten erlauben eine kontinuierliche Analyse des Sozialstruktureffekts über einen längeren Zeitraum. Dagegen bilden die Panels nur relativ kurze Zeiträume – zwei bis zwölf Monate – vor einer Wahl ab, und dies diskontinuierlich, da zwischen den einzelnen Wellen längere Phasen liegen; dies könnte die Aussagekraft darauf gestützter Analysen beeinträchtigen: Zum einen könnte in den relativ kurzen Phasen Stabilität gemessen werden, obgleich unter Berücksichtigung längerer Zeiträume Veränderungen festgestellt werden könnten; zum anderen sagen Ergebnisse zu drei oder vier Zeitpunkten nichts über die Zeit dazwischen aus. Insofern sind die Paneldaten mit Vorsicht zu interpretieren. Zugleich ermöglichen sie es jedoch, die Entwicklung in einer konstanten Personengruppe zu untersuchen, indem man nur die Respondenten berücksichtigt, die in allen Befragungswellen substantielle Antworten geben. Da aus Panelbefragungen bevorzugt Menschen ausscheiden, die formal wenig gebildet und politisch wenig interessiert sind und wenig strukturierte Einstellungen besitzen (siehe etwa Converse 1964; Stimson 1975; Smith 1989: 224-225), könnte der Zusammenhang zwischen sozialer Position und Wahlverhalten in Panels generell überschätzt werden. Indem man die Panelausscheider von der Analyse ausschließt, kann man daher ausschließen, daß infolge der Panelmortalität die gemessenen Effekte im Laufe eines Wahlkampfes anwachsen, obgleich die Wirkung die politische Prägekraft der Sozialstruktur konstant bleibt. Der Ausschluß der Panelausscheider führt gleichzeitig aber auch dazu, daß die Personen, die in ihren politischen Präferenzen variabler sind, unberücksichtigt bleiben; einesteils könnte das die Annahme der Hypothese erschweren, die untersuchten Personen zu einem großen Teil bereits zu Beginn einer Kampagne die ‚richtige‘ Partei wählen wollen; zum anderen könnte es sie erleichtern, da bei diesen Personen, falls sie anfangs anders votieren wollten, mit relativ großer Wahrscheinlichkeit in die ‚richtige‘ Richtung wechseln dürften.

Um die zentralen Hypothesen zu untersuchen, wird der Zusammenhang zwischen der sozialstrukturellen Position und der Parteipräferenz – gemessen anhand bivariater Logitkoeffizien-

³ Ostdeutschland wird nicht betrachtet, weil dort zum einen das Wahlverhalten – wenigstens bis in die Mitte der neunziger Jahre – nicht in der gleichen Weise wie in Westdeutschland mit der Sozialstruktur verknüpft ist (siehe etwa Arzheimer/Falter 2002; Schoen 2003). Zum anderen liegt für Ostdeutschland nur zwischen 1990 und 1995 Datenmaterial vor, das geeignet wäre, die hier aufgeworfenen Fragen zu beantworten.

ten⁴ – in Abhängigkeit von der zeitlichen Nähe zum Wahltag untersucht. Die unabhängigen Variablen in den Logitanalysen bilden die Position einer Person auf der sozioökonomischen sowie der religiös-konfessionellen Konfliktlinie; für beide Variablen werden zwei Operationalisierungsvarianten untersucht. Auf der sozioökonomischen Dimension werden in einer ersten Version die Arbeiter allen übrigen Befragten gegenübergestellt, während die zweite die gewerkschaftsgebundenen Arbeiter und damit die Kernklientel der SPD isoliert.⁵ Analog werden mit Blick auf die religiös-konfessionelle Spannungslinie zunächst die Katholiken von allen anderen Befragten getrennt, in der zweiten Version hingegen die praktizierenden Katholiken als Traditionsklientel von CDU und CSU mit den restlichen Befragten verglichen. In allen Fällen werden sämtliche Personen unter cross-pressures, also die katholischen Arbeiter, nicht der jeweiligen Kernklientel zugerechnet, da sie von den skizzierten Wahlkampf Bemühungen in unterschiedliche Richtungen gezogen werden dürften, so daß sich keine eindeutige Prognose zu ihrem Verhalten abgeben läßt. Neben den substantiell relevanten Prädiktoren werden Alter, Geschlecht und Schulbildung als statistische Kontrollvariablen berücksichtigt. Als abhängige Variablen werden die Angaben der Respondenten zur aktuellen Wahlabsicht⁶ in dichotomisierter Form verwendet. Der Wert ‚1‘ wird vergeben, wenn eine Person für die betrachtete Cleavage-Partei stimmen möchte, also auf der sozioökonomischen Konfliktlinie für die SPD, bei der religiös-konfessionellen Spaltungslinie für die Unionsparteien; den Wert ‚0‘ erhalten Probanden, die eine andere Partei nennen, zwischen den Parteien unentschieden sind oder nicht an der Wahl teilnehmen wollen; die beiden zuletzt genannten Antworten, werden einbezogen, da in der theoretischen Diskussion darauf hingewiesen wurde, daß Wahlkampfeffekte nicht nur darin bestehen können, daß Personen von einer zu anderen Parteipräferenz wechseln, sondern auch darin, daß parteipolitisch indifferente oder zunächst wahlunwillige Bürger zu einer Parteipräferenz und einer entsprechenden Stimmabgabe motiviert werden.⁷

4. Empirische Analyse

⁴ Die unstandardisierten logistischen Regressionskoeffizienten werden als Kriterium gewählt, da sie anders als Maßzahlen für die Devianzreduktion verteilungsunabhängig sind und daher zuverlässig Aufschluß über die zeitliche Entwicklung des Effekts einer unabhängigen Variable geben (vgl. Müller 1997: 751-752; Jagodzinski/Quandt 1997: 766-768).

⁵ Falls für eine Person keine gültigen Angaben zur Berufstätigkeit vorliegen, werden – soweit möglich – die entsprechenden Informationen über den Haushaltsvorstand verwendet.

⁶ In den Politbarometern werden im ersten Monat nach einer Wahl und in den Kurzfristpanels in der Nachwahlwelle die Auskünfte zum rückerinnerten Wahlverhalten verwendet.

⁷ Eine engere Operationalisierung, die ausschließlich die Personen mit einer expliziten Parteipräferenz berücksichtigt, ändert die empirischen Ergebnisse nur unwesentlich.

Die empirische Evidenz bestätigt die theoretischen Erwartungen an die parteipolitische Differenzierungskraft der Zugehörigkeit zu bestimmten Sozialkategorien. Wie sich den signifikant positiven Logitkoeffizienten auf Basis der Politbarometerdaten (siehe Abbildung 1 bis 4) und der Kurzfristpanels (siehe Tabelle 1) entnehmen läßt, sprechen sich Arbeiter stets überdurchschnittlich häufig für die SPD aus, während Katholiken eindeutig die beiden Unionsparteien bevorzugen. Erkennbar deutlicher als unter sämtlichen Arbeitern ist bei den gewerkschaftsgebundenen Arbeitern die SPD-Präferenz und stärker als bei allen Katholiken ist unter kirchennahen Katholiken die CDU/CSU-Präferenz ausgeprägt. Dies deutet darauf hin, daß die Internalisierung einer entsprechenden Gruppennorm – erfaßt mit der Gewerkschaftsmitgliedschaft bzw. dem regelmäßigen Kirchenbesuch – die in der objektiven sozialen Lage einer Person angelegte Parteipräferenz deutlich intensiviert. Dabei steigert der Übergang zur enger definierten Kernklientel auf der religiös-konfessionellen Konfliktlinie die Erklärungskraft merklich mehr als auf der sozioökonomischen; nicht zuletzt dürfte dies daran liegen, daß der Gottesdienstbesuch, stärker als eine Gewerkschaftsmitgliedschaft, nicht nur bestimmte Werthaltungen und Gruppennormen zum Ausdruck bringt, sondern auch Chancen zur sozialen Interaktion mit Gleichgesinnten eröffnet. Allerdings entfaltet selbst dieser empirisch wichtigste Prädiktor von den siebziger bis zum Ende der neunziger Jahre eine allenfalls moderate Wirkung auf die Parteipräferenz. Die soziale Position beeinflußt somit die parteipolitische Präferenz merklich, ist aber selbst im besten Fall weit davon entfernt, sie vollständig zu determinieren.

- Abbildungen 1 bis 4 etwa hier –

Wichtiger als das generelle Muster ist für die vorliegende Fragestellung die kurzfristige Entwicklung der parteipolitischen Prägekraft der Sozialstruktur innerhalb einer Legislaturperiode und speziell in der unmittelbaren Vorwahlzeit. Die dazu entwickelten Hypothesen finden in der empirischen Evidenz keine Bestätigung, wie ein Blick auf die Abbildungen 1 bis 4 zeigt: es lassen sich zwar Schwankungen der Logitkoeffizienten binnen einer Legislaturperiode erkennen, doch bewegen sie sich in den Grenzen des Stichprobenfehlers,⁸ sind also statistisch nicht signifikant. Daher kann binnen einer Legislaturperiode keine bedeutsame Veränderung des Sozialstruktureffekts festgestellt werden. Und selbst wenn man die Stichprobenproblematik ausblendete und die Logitkoeffizienten als exakte Punktschätzungen auffaßte, wäre die Hypothese zurückzuweisen. Denn in den Daten findet sich nach einer Wahl nicht ein systematischer Rückgang der Prägekraft der sozialstrukturellen Position und ein anschließender Wiederanstieg des Sozialstruktureffekts, wie hier nicht eigens ausgewiesene Regressionsanalysen

⁸ Er bewegt sich für die verschiedenen unabhängigen Variablen im Durchschnitt zwischen 0,14 und 0,25.

der Logitkoeffizienten auf die Zeit belegen. Und selbst wenn man den bloßen Augenschein bemüht, erkennt man in den wenigsten Fällen auch nur annähernd das theoretisch postulierte Muster; allenfalls zeichnet sich in der Wahlperiode 1990-1994 für die Zugehörigkeit zu den Arbeitern ansatzweise der erwartete Verlauf ab. Insgesamt scheitert die Hypothese jedoch an der empirischen Evidenz.

- Tabelle 1 etwa hier -

Kennzeichnend für die Einträge in Abbildung 1 bis 4 sind erhebliche Schwankungen der Logitkoeffizienten, und zwar nicht zuletzt in unmittelbar aufeinanderfolgenden Monaten. Eines teils erstaunen diese Variationen nicht, da den Analysen (angenäherte) Zufallsstichproben zugrunde liegen; andernteils erschweren es die Variationen, Regelmäßigkeiten zu erkennen. Um dies zu erleichtern, wurde zusätzlich der Verlauf des Sozialstruktureffekts auf die Parteipräferenz in einer gleichsam repräsentativen Wahlperiode ermittelt, indem die Logitkoeffizienten innerhalb jeder Wahlperiode um das arithmetische Mittel standardisiert wurden und anschließend gemäß ihrer relativen Position in der Legislaturperiode in zehn Intervalle aufgliedert wurden. Betrachtet man die Kurve für die Prägekraft der Zugehörigkeit zu den gewerkschaftsgebundenen Arbeitern, die hier stellvertretend für alle untersuchten sozialen Merkmale analysiert wird, sind nur minimale Schwankungen zu erkennen (siehe Abbildung 5). Und sofern Schwankungen auftreten, widersprechen sie eher der Hypothese, als daß sie diese unterstützen, da die soziale Position tendenziell in der Mitte der ‚repräsentativen‘ Legislaturperiode ihren Gipfelpunkt erreicht; es scheint also, als ob Bundestagswahlkämpfe die Beziehung zwischen sozialer Position und Parteipräferenz empirisch eher schwächen als stärken.

- Abbildung 5 etwa hier -

Zu ähnlich negativen Ergebnissen führen Analysen anhand der Kurzfristpanels zu den Bundestagswahlen 1972 bis 1990 (siehe Tabelle 1). Die Logitkoeffizienten variieren zwischen den Befragungswellen durchaus, doch keineswegs durchgängig im Sinne der hier formulierten Hypothese, mit der Nähe zum Wahltermin wachse die politische Prägekraft der Sozialstruktur. In einzelnen Fällen steigt der Sozialstruktureffekt systematisch an, etwa 1976 die Wirkung der Zugehörigkeit zu den kirchengebundenen Katholiken; und in zwei Fällen sind sogar statistisch signifikante Zuwächse zu registrieren, nämlich bei der Zugehörigkeit zu den Arbeitern im Jahr 1972 und zu den kirchennahen Katholiken 1990. Generell zeichnen sich die Veränderungen der Logitkoeffizienten in den Kurzfristpanels jedoch durch eine geringe Systematik und ein kleines Ausmaß aus. Insgesamt sprechen sie daher wenigstens in den relativ

kurzen Vorwahlphasen für praktisch weitgehend stabile Effekte der Gruppenzugehörigkeit auf die Wahlabsicht und gegen starke Mobilisierungseffekte.⁹

Diese Ergebnisse schließen indessen nicht aus, daß zumindest die in Hypothese 1 zusammengestellten Vermutungen zutreffen. Denn es könnte sein, daß vor einer Wahl tatsächlich bevorzugt die Angehörigen der Cleavage-Gruppen zu ‚ihrer‘ Bündnispartei wechseln und sich besonders selten von dieser abwenden, ohne daß diese hypothesenkonformen Änderungen der Parteipräferenz sich in einem signifikanten Anstieg der politischen Prägekraft der Sozialstruktur niederschlagen. Um dies zu prüfen, werden nun anhand der Kurzfristpanels die Präferenzwechsel vor den Wahlen 1972 bis 1990 in Abhängigkeit von der Gruppenzugehörigkeit betrachtet.

- Tabelle 2 und 3 etwa hier -

Wie sich Tabelle 2 entnehmen läßt, gehen in der Wahlkampfphase die Mitglieder der Cleavage-Gruppen in der Regel tatsächlich tendenziell häufiger von parteipolitischer Indifferenz, der Absicht, nicht wählen zu gehen, oder der Präferenz für eine andere Partei zu ‚ihrer‘ Bündnispartei über. Doch sind die Ergebnisse nicht geeignet, die vorgestellte Hypothese uneingeschränkt zu bestätigen. Denn erstens findet sich dieses Muster nicht ausnahmslos, in einigen Fällen wandern auch die übrigen Bürger mit höherer Wahrscheinlichkeit als die sozialstrukturell definierte Stammklientel zu der betrachteten Partei. Zweitens fallen die Differenzen zwischen den Mitgliedern der Cleavage-Gruppen und den übrigen Wählern praktisch kaum ins Gewicht; in den allerwenigsten Fällen erreichen sie die Grenze statistischer Signifikanz und bewegen sich, falls ihnen dies gelingt, auch dann in kleinen Größenordnungen: Maximal übertreffen die Mitglieder der Cleavage-Gruppe die restliche Bevölkerung um neun Prozentpunkte. Doch selbst in diesen Fällen hat die sozialstrukturelle Position allenfalls einen geringfügigen Einfluß auf die Wahrscheinlichkeit eines Parteipräferenzwechsels zur Cleavage-Partei.

Die in Tabelle 4 zusammengestellte empirische Evidenz zur Häufigkeit der Präferenzwechsel in der Vorwahlphase weg von den Cleavage-Parteien entspricht den Erwartungen noch weniger als jene in Tabelle 3. Denn anders als theoretisch vermutet, legen die Mitglieder der Cleavage-Gruppen zur ‚richtigen‘ Partei nicht eine größere Treue an den Tag als andere Personen;

⁹ Der Befund, daß die Ergebnisse für die jeweils letzte Vorwahl- und die Nachwahlwelle praktisch identisch sind, spricht dafür, die kurz vor einer Wahl gestellte Wahlabsichtsfrage und die wenig nach dem Wahltag gestellte Frage nach dem tatsächlichen Stimmverhalten als ähnlich valide aufzufassen (siehe hierzu weiterführend Ohr/Rattinger 1993).

sofern überhaupt statistisch signifikante Zusammenhänge auftreten, beruhen sie darauf, daß diese Personen ‚ihrer‘ Partei überdurchschnittlich häufig den Rücken kehren. Während also die erste Teilhypothese in der Regel zwar der Tendenz nach, aber nicht in signifikanter Stärke bestätigt wird, wird die zweite auf ganzer Linie widerlegt: Cleavage-Parteien haben augenscheinlich unerwartet große Probleme damit, ihre Stammklientel vor einer Wahl bei der Stange zu halten.

Folglich liegt die Ursache für die vorher berichteten negativen Befunde zur Beziehung zwischen der Nähe zum Wahltermin und der Differenzierungskraft der sozialstrukturellen Merkmale in der Regel nicht darin, daß vor einer Wahl zwar die erwarteten Wanderungsbewegungen auftreten, aber zu schwach ausgeprägt sind, als daß sie die Sozialstruktur-Effekte zum Wahltag hin intensivieren könnten; vielmehr hängt in der Regel bereits die Wanderungswahrscheinlichkeit auf der Individualebene nicht in der theoretisch plausiblen Weise mit der Zugehörigkeit zu bestimmten Sozialkategorien zusammen: In der Vorwahlzeit – von zwei bis zwölf Monaten – dominieren nicht die Wählerwanderungen, die zur politischen Homogenisierung der sozialen Gruppen und damit zur politischen Polarisierung zwischen den sozialen Gruppen beitragen, so daß es nur folgerichtig ist, wenn sich die erwartete Polarisierung nicht einstellt.

Alles in allem widerlegt somit die empirische Analyse die theoretisch abgeleiteten Hypothesen. Die Gründe für die negativen Befunde können bei der politischen Elite und den Bürgern liegen. Auf seiten der politischen Elite sind die Ursachen darin zu suchen, daß die politische Auseinandersetzung nicht wie erwartet mit der Nähe zu einem Wahltermin variiert. Eine vollständige Stabilität des Parteienwettbewerbs hinsichtlich des Inhalts und der Intensität der Auseinandersetzung wird man schwerlich vertreten können. Aber zumindest spricht einiges dafür, daß die Cleavage-Gruppen und ihre Anliegen im Wahlkampf nicht um soviel in den Vordergrund rücken, wie es unterstellt wurde. Der Wahlkampf entspricht diesem Idealbild erstens nicht, weil nicht nur die betrachteten Parteien mit traditionellen Bindungen zu wohldefinierten sozialen Großgruppen um die Gunst der Stimmberechtigten werben. Zweitens bemühen sich SPD und CDU/CSU nicht allein um ihre sozial abgegrenzte Klientel, sondern versuchen auch Personen aus anderen sozialen Gruppen zu gewinnen; da sie dazu andere, womöglich diametral entgegengesetzte Argumente verwenden, ihre Botschaften aber nicht trennscharf an die verschiedenen Zielgruppen adressieren können, könnten sich einige Mitglieder der Kernklientel abgestoßen fühlen; beispielsweise könnten einen Arbeiter Zweifel beschleichen, ob er für eine Partei mit einem ‚Genosse der Bosse‘ an der Spitze stimmen soll. Drittens können Parteien und Kandidaten die politische Auseinandersetzung und deren Bild in

der Öffentlichkeit nicht beliebig bestimmen. Zum einen können andere Akteure, etwa das Bundesverfassungsgericht oder die Medien, politische Themen auf die Tagesordnung setzen, die nicht in die Wahlkampfstrategien passen. Zum anderen ist nicht gesichert, daß die Parteien mit ihren Wahlkampfstrategien in der öffentlichen Wahrnehmung durchdringen.

Auf seiten der Wahlberechtigten ist auf die weitverbreiteten Parteibindungen hinzuweisen, die offenbar dafür sorgen, daß viele Bürger auch in deutlicher zeitlicher Distanz zu einer Wahl die angesichts ihrer sozialen Position ‚richtige‘ Partei präferieren; in der Folge besitzen Wahlkämpfe nur ein kleines Potential die politische Prägekraft nennenswert zu steigern.

Welche dieser Argumente wie stark ins Gewicht fallen, läßt sich anhand der vorliegenden Daten nicht entscheiden; doch kann unabhängig davon festgehalten werden, daß die politische Prägekraft der Sozialstruktur kurzfristig praktisch stabil ist und daher erst recht keine Wirkungen des Wahlkampfes auf den Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten nachzuweisen sind.

5. Schlußbemerkungen

Der vorliegende Beitrag untersucht die Frage nach den Wirkungen des Wahlkampfes auf die politische Prägekraft der Sozialstruktur. Aus theoretischen Überlegungen zu den Mechanismen, die zwischen der individuellen sozialstrukturellen Position und der Parteipräferenz vermitteln können, wurden drei Vermutungen abgeleitet: Erstens sollten in der Wahlkampfzeit Mitglieder der Cleavage-Gruppen überproportional häufig zu der angesichts ihrer sozialstrukturellen Position ‚richtigen‘ Partei wechseln und ihr, sofern sie diese bereits am Beginn des Wahlkampfes präferierten, mit außerordentlich hoher Wahrscheinlichkeit die Treue halten. Daher sollte, zweitens, im Laufe des Wahlkampfes mit der Nähe zum Wahltag die politische Polarisierung zwischen verschiedenen sozialen Gruppen zunehmen und daher die soziale Position an politischer Prägekraft gewinnen. Darauf gestützt wurde, drittens, die Vermutung formuliert, daß die politische Prägekraft der sozialen Position im Laufe einer Legislaturperiode die politische Prägekraft nach einer Wahl abnehmen, vor dem nächsten Urnengang jedoch neuerlich anwachsen sollte.

In der empirischen Analyse zu den Bundestagswahlen 1972 bis 1998 mußten die Hypothesen ausnahmslos zurückgewiesen werden. Was die beiden zuletzt genannten angeht, konnte gezeigt werden, daß während der gesamten Legislaturperiode wie auch in der Phase direkt vor

einem Urnengang die politische Prägekraft zwar schwankt, aber lediglich in den Grenzen des Stichprobenfehlers; und selbst wenn man die statistische Insignifikanz der Variationen ausblendet, ist nur in wenigen Fällen ansatzweise das theoretisch erwartete Muster vorzufinden; sofern Schwankungen auftreten, sprechen sie sogar eher für einen überdurchschnittlichen Sozialstruktureffekt in deutlicher Entfernung von einer Bundestagswahl. Zudem konnte für die Wahlkämpfe 1972-1990 gezeigt werden, daß die Angehörigen der sozialstrukturell abgegrenzten Kernklientele von SPD und CDU/CSU nur unwesentlich häufiger als andere Bürger zu diesen Parteien über und sich, so sie bereits am Beginn des Wahlkampfes die ‚richtige‘ Partei präferierten, auch überproportional häufig von dieser abwenden. Folglich wirken die Cleavage-Parteien im Wahlkampf auf ihre Stammklientel keineswegs besonders attraktiv, so daß während der Kampagne nicht bevorzugt Wählerbewegungen vorkommen, die zur politischen Polarisierung der sozialen Gruppen führen.

Betrachtet man eine Wahlentscheidung im Einklang mit der sozialen Position als ein rationales, an fundamentalen Interessen orientiertes Votum (siehe Gelman/King 1993), trägt der Wahlkampf somit nichts dazu bei, daß die Wähler rationalere Entscheidungen treffen. Mit anderen Worten: In dieser Hinsicht würden dieselben Ergebnisse erzielt, wenn auf Wahlkampagnen gänzlich verzichtet würde. Diese ernüchternde Diagnose fordert geradezu die Frage heraus, ob Wahlkämpfe in der Bundesrepublik auf andere Aspekte der politischen Meinungs- und Präferenzbildung wirken oder den Bürgern lediglich signalisieren, daß ein Wahlsonntag bevorsteht – gerade sie dürfte für die künftige Forschung ein reichhaltiges Reservoir interessanter Problemstellungen bereithalten.

Literatur

- Ansolabehere, Stephen/Iyengar, Shanto, 1995: *Going Negative: How Political Advertisements Shrink and Polarize the Electorate*, New York: Free Press.
- Arzheimer, Kai/Falter, Jürgen W., 2002: Ist der Osten wirklich rot? Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2002 in Ost-West-Perspektive, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B49-50/2002, 27-35.
- Berelson, Bernard/Lazarsfeld, Paul F./McPhee, William N., 1954: *Voting. A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign*, Chicago: University of Chicago Press.
- Blumenthal, Sidney, 1982: *The Permanent Campaign*, New York: Simon and Schuster.
- Bowler, Shaun/Broughton, David/Donovan, Todd/Snipp, Joseph, 1992: The Informed Electorate? Voter Responsiveness to Campaigns in Britain and Germany, in: Bowler, Shaun/Farrell, David M. (Hrsg.), *Electoral Strategies and Political Marketing*, Basingstoke: Macmillan, 204-222.
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E., 1960: *The American Voter*, New York: Wiley.
- Clark, Terry Nichols/Lipset, Seymour Martin (Hrsg.), 2001: *The Breakdown of Class Politics*, Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Converse, Philip E., 1964: The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: Apter, David E. (Hrsg.): *Ideology and Discontent*, New York: Free Press, 206-261.
- Dinkel, Reiner, 1977: Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen, in: *Politische Vierteljahresschrift* 18, 348-359.
- Erhardt, Klaudia, 1998: Die unentschlossenen Wähler als Motor zyklischer Wahlabsichtsvorgänge, in: Dörner, Christine/Erhardt, Klaudia (Hrsg.), *Politische Meinungsbildung und Wahlverhalten. Analysen zum ‚Superwahljahr‘ 1994*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 15-118.
- Evans, Geoffrey, 1993: Class, Prospects, and the Life-Cycle: Explaining the Association Between Class Position and Political Preferences, in: *Acta Sociologica* 36, 263-276.
- Evans, Geoffrey (Hrsg.), 1999: *The End of Class Politics?*, Oxford: Oxford University Press.
- Finkel, Steven E., 1989: The Effects of the 1980 and 1984 Campaigns on Mass Ideological Orientations: Testing the Salience Hypothesis, in: *Western Political Quarterly* 42, 325-346.
- Finkel, Steven E./Schrott, Peter, 1994: Wählerstimmen durch Wahlkämpfe? Eine Analyse der Bundestagswahl 1990, in: *ZUMA-Nachrichten* 34, 7-34.
- Finkel, Steven E./Schrott, Peter R., 1995: Campaign Effects on Voter Choice in the German Election of 1990, in: *British Journal of Political Science* 25, 349-377.

- Gelman, Andrew/King, Gary, 1993: Why are american election polls so variable when votes are so predictable?, in: *British Journal of Political Science* 23, 409-451.
- Huckfeldt, R. Robert, 1983: The Social Context of Political Change: Durability, Volatility, and Social Influence, in: *American Political Science Review* 77, 929-944.
- Huckfeldt, Robert/Sprague, John, 1987: Networks in Context: The Social Flow of Political Information, in: *American Political Science Review* 81, 1197-1216.
- Huckfeldt, Robert/Sprague, John, 1995: *Citizens, Politics, and Social Communication*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Jagodzinski, Wolfgang/Quandt, Markus, 1997: Wahlverhalten und Religion im Lichte der Individualisierungsthese, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49, 761-782.
- Jagodzinski, Wolfgang/Quandt, Markus, 2000: Religion und Wahlverhalten in der längsschnittlichen Entwicklung, in: Klein, Markus/ Jagodzinski, Wolfgang/Mochmann, Ekkehard/Ohr, Dieter (Hrsg.), *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 159-181.
- Joslyn, Richard A., 1990: Election Campaigns as Occasions for Civic Education, in: Swanson, David L./Nimmo, Dan (Hrsg.), *New Directions in Political Communication*, Newbury Park: Sage, 86-119.
- Knutsen, Oddbjørn/Scarborough, Elinor, 1995: Cleavage Politics, in: van Deth, Jan W./Scarborough, Elinor (Hrsg.), *The Impact of Values*, Oxford: Oxford University Press, 492-523.
- Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernard/Gaudet, Hazel, 1944: *The People's Choice. How the Voter Makes up his Mind in Presidential Campaign*, New York: Columbia University Press.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein, 1967: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction, in: Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York: Free Press, 1-64.
- Markus, Gregory B., 1982: Political Attitudes during an Election Year: A Report on the 1980 NES Panel Study, in: *American Political Science Review* 76, 538-560.
- Miller, Warren E., 1958: The Socio-Economic Analysis of Political Behavior, in: *Midwest Journal of Political Science* 11, 239-255.
- Müller, Walter, 1997: Sozialstruktur und Wahlverhalten, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49, 747-760.

- Müller, Walter, 1998: Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50, 3-46.
- Müller, Walter, 1999: Class Cleavages in Party Preferences in Germany: Old and New, in: Evans, Geoffrey (Hrsg.), *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context*, Oxford: Oxford University Press, 137-180.
- Noelle-Neumann, Elisabeth in Zusammenarbeit mit Thomas Petersen und Wilhelm Haumann, 1999: Wahlkampf seit 1995. In drei Stufen zum Wahlsieg, in: Noelle-Neumann, Elisabeth/Kepplinger, Hans Mathias/Donsbach, Wolfgang (Hrsg.), *Kampa. Meinungsklima und Medienwirkung im Bundestagswahlkampf 1998*, Freiburg: Karl Alber, 172-180.
- Ohr, Dieter/Rattinger, Hans, 1993: Zur Beziehung zwischen in der Vorwahlzeit erhobenen Wahlabsichten und Wahlergebnissen, in: Gabriel, Oscar W./Troitzsch, Klaus G. (Hrsg.), *Wahlen in Zeiten des Umbruchs*, Frankfurt/Main: Peter Lang, 3-25.
- Pappi, Franz Urban, 1977: Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht, in: *Politische Vierteljahresschrift* 18, 195-229.
- Pappi, Franz Urban, 1986: Das Wahlverhalten sozialer Gruppen bei Bundestagswahlen im Zeitvergleich, in: Hans D. Klingemann und Max Kaase (Hrsg.): *Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 369-384.
- Pappi, Franz Urban, 2001: Soziale Netzwerke, in: Schäfers, Bernhard/Zapf, Wolfgang (Hrsg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, 2. Auflage, Opladen: Leske und Budrich, 605-616.
- Pappi, Franz Urban, 2002: Die politisierte Sozialstruktur heute: Historische Reminiszenz oder aktuelles Erklärungspotential?, in: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hrsg.), *Das Ende der politisierten Sozialstruktur?*, Opladen: Leske und Budrich, 25-46.
- Popkin, Samuel L., 1992: Campaigns That Matter, in: McCubbins, Matthew D. (Hrsg.), *Under the Watchful Eye. Managing Presidential Campaigns in the Television Era*, Washington: Congressional Quarterly, 153-170.
- Radunski, Peter, 1980: *Wahlkämpfe. Moderne Wahlkampfführung als politische Kommunikation*, München: Olzog.
- Richardson, Bradley M., 1991: European Party Loyalties Revisited, in: *American Political Science Review* 85, 751-775.
- Sarcinelli, Ulrich, 1986: Wahlkampfkommunikation als symbolische Politik, in: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.), *Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 180-200.

- Sarcinelli, Ulrich, 2000: Politikvermittlung und Wahlen – Sonderfall oder Normalität des politischen Prozesses? Essayistische Anmerkungen und Anregungen für die Forschung, in: Bohrmann, Hans/Jarren, Otfried/Melischek, Gabriele/Seethaler, Josef (Hrsg.), Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 19-30.
- Scheuch, Erwin K., 1965: Die Sichtbarkeit politischer Einstellungen im alltäglichen Verhalten, in: Wildenmann, Rudolf/Scheuch, Erwin K. (Hrsg.), Zur Soziologie der Wahl, Opladen: Westdeutscher Verlag, 113-125.
- Schnell, Rainer/Kohler, Ulrich, 1995: Empirische Untersuchung einer Individualisierungshypothese am Beispiel der Parteipräferenz von 1953-1992, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 47, 634-657.
- Schoen, Harald, 2003: Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung: Theoretische Erklärungen und empirische Befunde, in: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.), Handbuch Empirische Wahlforschung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag (i.E.)
- Smith, Eric R.A.N., 1989: The Unchanging American Voter, Berkeley: University of California Press.
- Stimson, James A., 1975: Belief Systems: Constraint, Complexity, and the 1972 Election, in: American Journal of Political Science 19, 393-417.
- Stinchcombe, Arthur L., 1975: Social Structure and Politics, in: Greenstein, Fred I./Polsby, Nelson W. (Hrsg.): Handbook of Political Science, Band 3: Macropolitical Theory, Reading: Addison-Wesley, 557-622.
- Tufte, Edward R., 1975: Determinants of the Outcomes of Midterm Congressional Elections, in: American Political Science Review 69, 812-826.
- Weakliem, David L./Heath, Anthony F., 1994: Rational Choice and Class Voting, in: Rationality and Society 6, 243-270.
- Weßels, Bernhard, 1998: Wahlpräferenzen in den Regionen: Stabilität und Veränderung im Wahljahr 1994 – oder: Die ‚Heimkehr‘ der CDU/CSU-Wähler von 1990, in: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, Opladen: Westdeutscher Verlag, 259-284.
- Weßels, Bernhard, 2000: Gruppenbindung und Wahlverhalten: 50 Jahre Wahlen in der Bundesrepublik, in: Klein, Markus/Jagodzinski, Wolfgang/Mochmann, Ekkehard/Ohr, Dieter (Hrsg.), 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 129-155.

Yang, Min/Goldstein, Harvey/Heath, Anthony, 2000: Multilevel models for repeated binary outcomes: attitudes and voting over the electoral cycle, in: Journal of the Royal Statistical Association 163, 49-62.

Anhang

Kurzfristpanels

Bundestagswahl am 19.11.1972 (ZA-Nr. 0635): 1.Welle: 23.9.1972-11.10.1972; 2. Welle: 23.10.1972-6.11.1972; 3. Welle: 9.12.1972-30.12.1972.

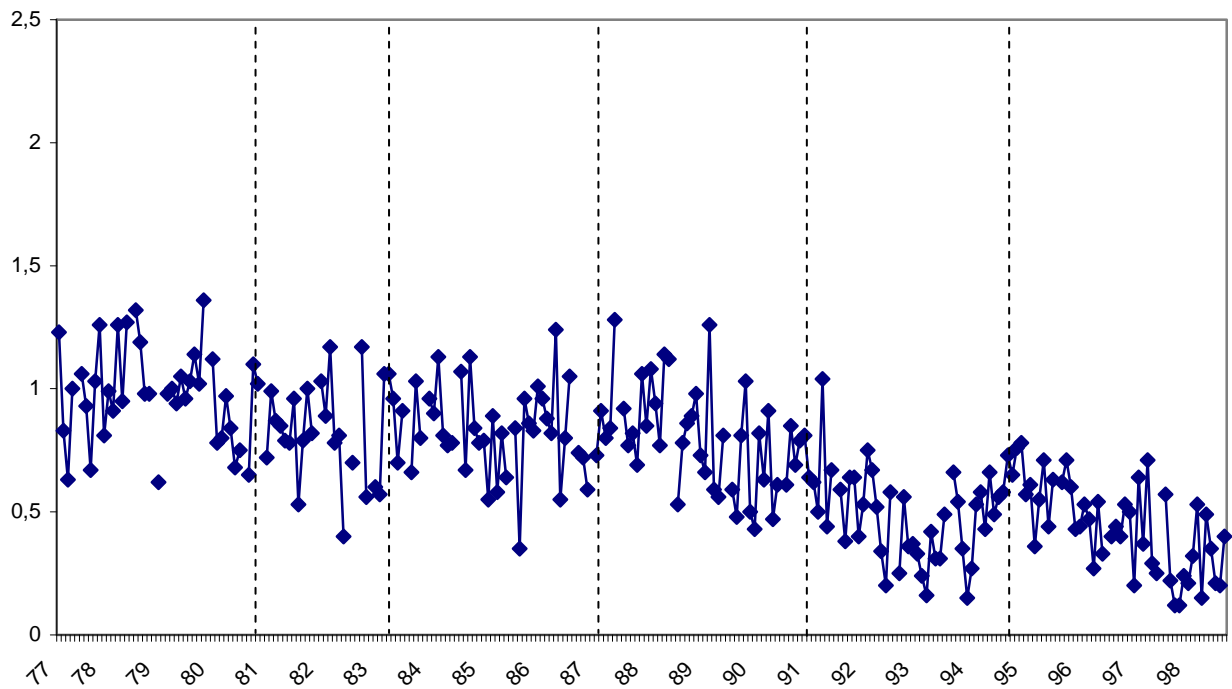
Bundestagswahl am 3.10.1976 (ZA-Nr. 0823): 1.Welle: 19.5.1976-23.6.1976; 2. Welle: 5.8.1976-18.9.1976; 3. Welle: 26.10.1976-22.11.1976.

Bundestagswahl am 6.3.1983 (ZA-Nr. 1276): 1. Welle: 18.11.1982-25.11.1982; 2. Welle: 11.2.1983-24.2.1983; 3. Welle: 16.3.1983-29.3.1983.

Bundestagswahl am 25.1.1987 (ZA-Nr. 1537): 1. Welle: 11.9.1986-29.9.1986; 2. Welle: 30.12.1986-23.1.1987; 3. Welle: 7.2.1987-23.2.1987.

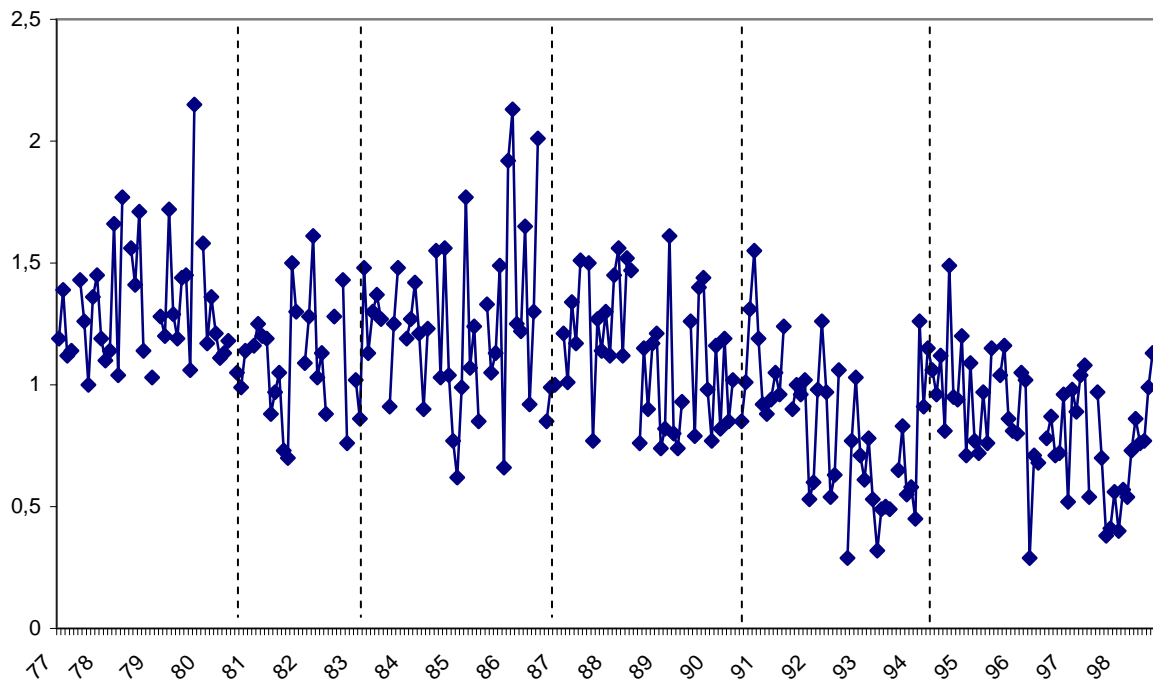
Bundestagswahl am 2.12.1990 (ZA-Nr. 1919): 1. Welle: 11/1989-12/1989; 2. Welle: 5/1990-6/1990; 3. Welle: 10/1990-11/1990; 4. Welle: 12/1990 (nach der Wahl).

Abbildung 1: Einfluß des Merkmals ‚Arbeiter‘ auf die SPD-Präferenz, 1977-1998 (bivariate Logitkoeffizienten; Quelle: Politbarometer)



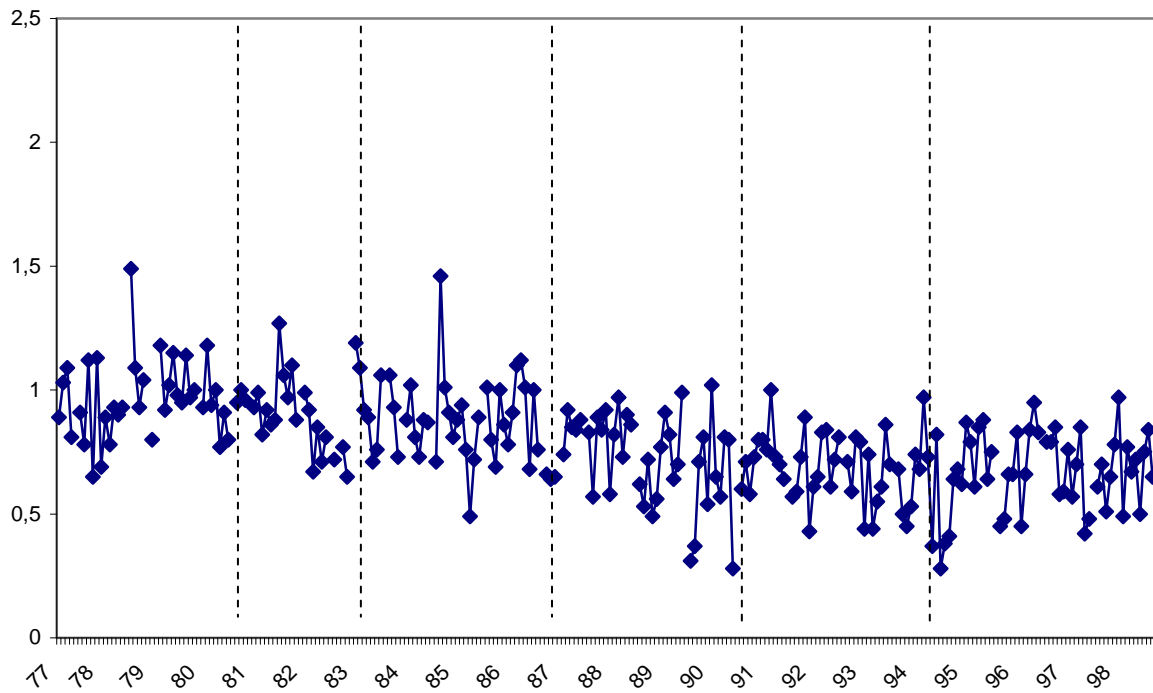
Anmerkung: Die vertikalen gestrichelten Linien markieren die Bundestagswahlen.

Abbildung 2: Einfluß des Merkmals ‚gewerkschaftsgebundener Arbeiter‘ auf die SPD-Präferenz, 1977-1998 (bivariate Logitkoeffizienten; Quelle: Politbarometer)



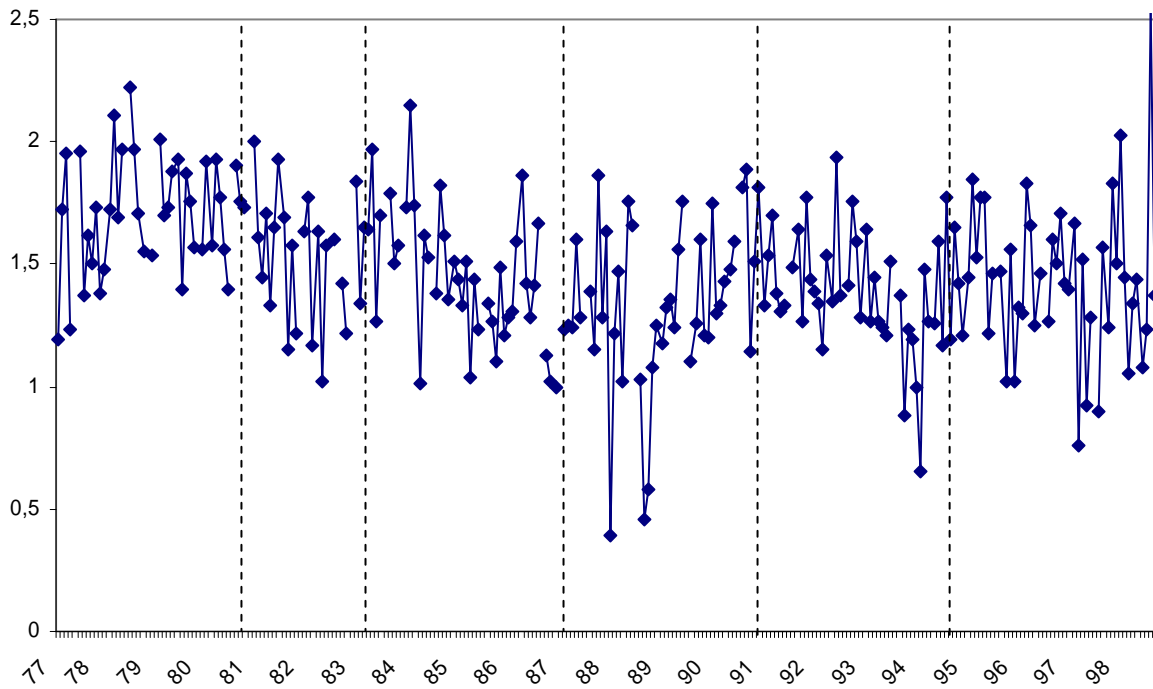
Anmerkung: Die vertikalen gestrichelten Linien markieren die Bundestagswahlen.

Abbildung 3: Einfluß des Merkmals ‚Katholik‘ auf die SPD-Präferenz, 1977-1998 (bivariate Logitkoeffizienten; Quelle: Politbarometer)



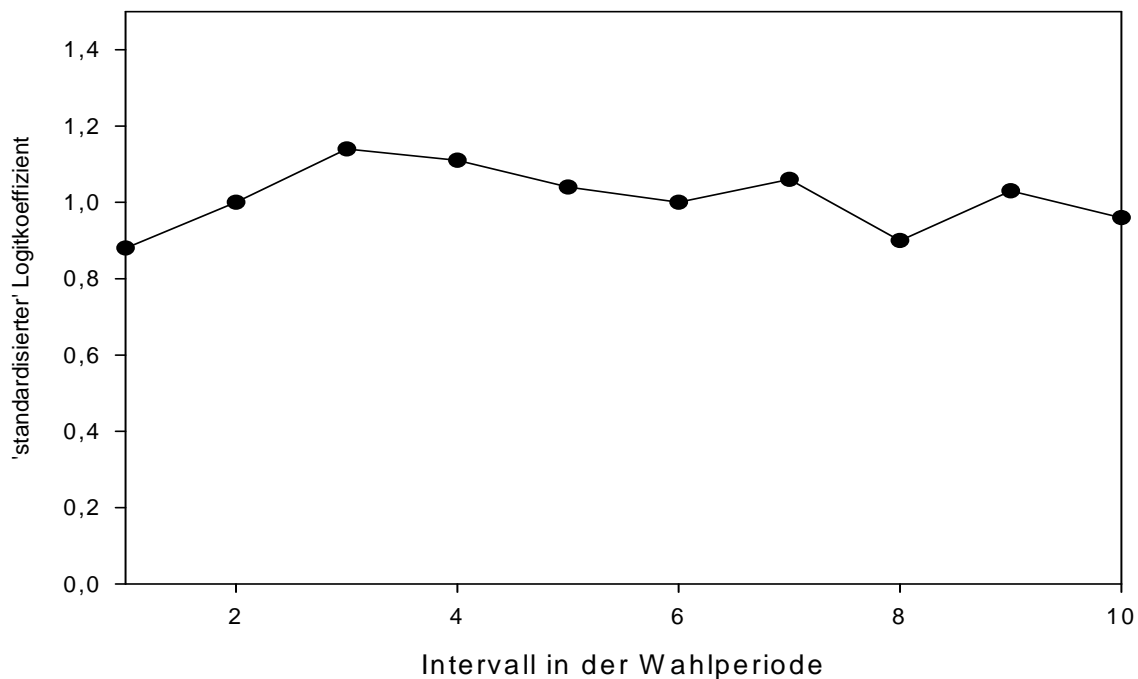
Anmerkung: Die vertikalen gestrichelten Linien markieren die Bundestagswahlen.

Abbildung 4: Einfluß des Merkmals ‚kirchentreuer Katholik‘ auf die CDU/CSU-Präferenz, 1977-1998 (bivariate Logitkoeffizienten; Quelle: Politbarometer)



Anmerkung: Die vertikalen gestrichelten Linien markieren die Bundestagswahlen.

Abbildung 5: Verlauf des Effekts der Zugehörigkeit zu den gewerkschaftsgebundenen Arbeitern in einer repräsentativen Wahlperiode



Anmerkung: Eingetragen sind die arithmetischen Mittel der um den Mittelwert der jeweiligen Wahlperiode standardisierten und anschließend gemäß ihrer relativen Position in der Wahlperiode in zehn Intervalle gruppierten Logitkoeffizienten.

Tabelle 1: Logistische Regression der SPD- bzw. CDU/CSU-Wahlabsicht auf die Zugehörigkeit zu ausgewählten sozialen Großgruppen (unstandardisierte Logitkoeffizienten)

1972	Welle 1	Welle 2	Welle 3
Arbeiter	.95*** (.17)	1.49*** (.22)	1.72***# (.23)
N	685	685	685
Gewerkschaftsgebundene Arbeiter	1.04*** (.17)	1.14*** (.17)	1.17*** (.17)
N	989	989	989
Katholiken	1.15*** (.15)	1.08*** (.14)	1.32*** (.14)
N	1035	1035	1035
Kirchennahe Katholiken	1.91*** (.20)	1.77*** (.19)	2.12*** (.20)
N	1035	1035	1035

Anmerkung: Gewerkschaftsmitgliedschaft nur in Welle 1 erhoben

1976	Welle 1	Welle 2	Welle 3
Arbeiter	1.05*** (.17)	1.19*** (.17)	1.10*** (.17)
N	1100	1100	1100
Gewerkschaftsgebundene Arbeiter	.91*** (.23)	1.02*** (.23)	1.25*** (.24)
N	1069	1069	1069
Katholiken	1.12*** (.14)	1.08*** (.14)	1.20*** (.13)
N	1153	1153	1153
Kirchennahe Katholiken	1.58*** (.22)	1.93*** (.23)	2.22*** (.26)
N	1153	1153	1153

1983	Welle 1	Welle 2	Welle 3
Arbeiter	.58*** (.16)	.59*** (.16)	.70*** (.16)
N	925	925	925
Gewerkschaftsgebundene Arbeiter	.85*** (.23)	.81** (.23)	.87*** (.23)
N	933	933	933
Katholiken	.80*** (.15)	.59*** (.15)	.71*** (.15)
N	1014	1014	1014
Kirchennahe Katholiken	1.24*** (.23)	1.31*** (.23)	1.37*** (.24)
N	1014	1014	1014

Anmerkung: Gewerkschaftsmitgliedschaft, Konfession und Kirchgangsfrequenz nur in der ersten Welle erhoben; Beruf nur in Welle 1 und 2.

1987	Welle 1	Welle 2	Welle 3
Arbeiter	.80*** (.15)	1.04*** (.15)	.98*** (.14)
N	1212	1212	1212
Gewerkschaftsgebundene Arbeiter	.98*** (.22)	1.59*** (.25)	1.39*** (.23)
N	1180	1180	1180
Katholiken	.84*** (.13)	.72*** (.13)	.67*** (.13)
N	1311	1311	1311
Kirchennahe Katholiken	1.24*** (.20)	1.10*** (.19)	1.16*** (.19)
N	1311	1311	1311

Anmerkung: Gewerkschaftsmitgliedschaft, Konfession und Kirchgang nur in Welle 1 und 2.

1990	Welle 1	Welle 2	Welle 3	Welle 4
Arbeiter	.79*** (.20)	.80** (.20)	.54*** (.19)	.71** (.20)
N	782	782	782	782
Gewerkschaftsgebundene Arbeiter	.99*** (.27)	1.27*** (.29)	.65* (.26)	1.09*** (.26)
N	774	774	774	774
Katholiken	.95*** (.16)	.74*** (.15)	.97*** (.16)	.94*** (.16)
N	858	858	858	858
Kirchennahe Katholiken	1.40*** (.22)	1.58*** (.23)	2.40***# (.33)	1.80*** (.26)
N	858	858	858	858

#: Differenz zum Koeffizienten in der ersten Welle ist auf dem 0,05-Niveau statistisch signifikant.

Tabelle 2: Anteil der Wechsel von parteipolitischer Indifferenz, Nichtwahl oder der Präferenz für eine andere Partei zur jeweiligen Cleavage-Partei (in Prozent)

		1972	1976	1983	1987	1990
Welle 1-2	Arbeiter	6.4	13.7	13.2	10.5	15.4
	Andere	6.0	8.0	11.9	8.5	12.7
	Cramers V	.01	.07**	.02	.03	.03
	N	1332	1462	1117	1451	1517
Welle 1-3	Arbeiter	9.4	12.8	11.7	10.9	13.5
	Andere	7.8	9.7	9.2	8.3	9.7
	Cramers V	.02	.04	.04	.04	.05
	N	1015	1168	950	1235	1318
Welle 1-4	Arbeiter					9.1
	Andere					9.1
	Cramers V					.00
	N					843
Welle 1-2	Gewerk. Arbeiter	6.4	17.1	13.1	10.3	14.2
	Andere	6.1	8.1	12.1	8.6	13.2
	Cramers V	.00	.09***	.01	.02	.01
	N	1313	1455	1095	1424	1514
Welle 1-3	Gewerk. Arbeiter	10.3	16.3	12.4	10.0	10.9
	Andere	7.8	9.7	9.4	8.6	10.5
	Cramers V	.03	.06*	.03	.01	.00
	N	1001	1162	933	1214	1315
Welle 1-4	Gewerk. Arbeiter					12.3
	Andere					8.9
	Cramers V					.03
	N					842
Welle 1-2	Katholiken	5.9	6.4	10.7	10.1	9.3
	Andere	4.1	7.6	11.0	9.5	6.9
	Cramers V	.04	.02	.00	.01	.04
	N	1461	1537	1194	1544	1661
Welle 1-3	Katholiken	8.3	8.3	12.9	7.6	12.1
	Andere	5.6	7.3	12.7	8.5	12.2
	Cramers V	.05	.02	.00	.02	.00
	N	1108	1219	1014	1311	1439
Welle 1-4	Katholiken					11.3
	Andere					12.1
	Cramers V					.01
	N					896
Welle 1-2	Kirchennahe Katholiken	7.5	8.7	7.6	10.5	8.9
	Andere	4.1	7.2	11.4	9.6	7.5
	Cramers V	.06*	.02	.04	.01	.02
	N	1461	1537	1194	1544	1661
Welle 1-3	Kirchennahe Katholiken	11.2	14.8	10.7	8.6	11.9
	Andere	5.0	6.6	13.1	8.2	12.2
	Cramers V	.11***	.10***	.03	.00	.00
	N	1108	1218	1014	1311	1439
Welle 1-4	Kirchennahe Katholiken					10.2
	Andere					12.1
	Cramers V					.02
	N					896

Tabelle 3: Anteil der Wechsel von der jeweiligen Cleavage-Partei zu parteipolitischer Indifferenz, Nichtwahl oder der Präferenz für eine andere Partei (in Prozent)

		1972	1976	1983	1987	1990
Welle 1-2	Arbeiter	6.4	6.4	13.6	8.4	7.9
	Andere	6.5	5.2	9.8	9.1	5.4
	Cramers V	.00	.04	.05	.01	.04
	N	1332	1462	1117	1451	1517
Welle 1-3	Arbeiter	5.8	5.9	14.6	11.7	12.3
	Andere	8.3	4.6	11.1	9.8	8.1
	Cramers V	.04	.01	.04	.03	.06*
	N	1015	1168	950	1235	1318
Welle 1-4	Arbeiter					17.5
	Andere					11.6
	Cramers V					.07
	N					843
Welle 1-2	Gewerk. Arbeiter	2.8	7.7	12.1	5.1	3.3
	Andere	6.6	6.2	10.4	9.0	6.1
	Cramers V	.05	.03	.02	.04	.03
	N	1313	1455	1095	1424	1514
Welle 1-3	Gewerk. Arbeiter	6.8	4.3	14.6	7.0	6.9
	Andere	8.0	4.9	11.6	10.3	9.1
	Cramers V	.01	.01	.03	.03	.02
	N	1001	1162	933	1214	1315
Welle 1-4	Gewerk. Arbeiter					13.8
	Andere					12.5
	Cramers V					.01
	N					842
Welle 1-2	Katholiken	5.6	7.7	12.2	8.6	8.0
	Andere	3.2	6.8	8.8	6.5	5.6
	Cramers V	.06*	.01	.05	.04	.05
	N	1461	1537	1194	1544	1661
Welle 1-3	Katholiken	5.6	6.0	11.4	9.8	5.7
	Andere	4.1	6.6	9.3	7.3	6.0
	Cramers V	.03	.01	.03	.04	.01
	N	1108	1218	1014	1311	1439
Welle 1-4	Katholiken					7.3
	Andere					6.7
	Cramers V					.01
	N					896
Welle 1-2	Kirchennahe Ka- tholiken	7.5	7.0	11.6	8.4	7.8
	Andere	3.3	7.1	9.4	7.0	6.1
	Cramers V	.08**	.00	.03	.02	.02
	N	1461	1537	1194	1544	1661
Welle 1-3	Kirchennahe Ka- tholiken	6.0	3.0	10.1	7.0	5.7
	Andere	4.1	6.9	9.8	8.2	5.9
	Cramers V	.04	.05	.00	.01	.00
	N	1108	1218	1014	1311	1439
Welle 1-4	Kirchennahe Ka- tholiken					9.3
	Andere					6.6
	Cramers V					.03
	N					896